



Leitner, Maria/Sachs, Michael

Digitale Bürgerbeteiligung. Hintergrund, Herausforderungen und Lösungsansätze

SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1/2017), 42-50.

doi: 10.7396/2017_1_D

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Leitner, Maria/Sachs, Michael (2017). Digitale Bürgerbeteiligung. Hintergrund, Herausforderungen und Lösungsansätze, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1), 42-50, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2017_1_D.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2017

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 5/2017

Digitale Bürgerbeteiligung

Hintergrund, Herausforderungen und Lösungsansätze



MARIA LEITNER,
*Scientist im Center for Digital
Safety & Security am AIT Austrian
Institute of Technology.*



MICHAEL SACHS,
*wissenschaftlicher Mitarbeiter am
Department für E-Governance in
Wirtschaft und Verwaltung der
Donau-Universität Krems.*

E-Partizipation wird die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger mittels Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) genannt. Mit E-Partizipation können unter anderem die Organisation von Verwaltungsabläufen bei Bürgerbeteiligungsprozessen optimiert, E-Services für Bürgerinnen und Bürger verbessert und insgesamt die wechselseitige Interaktion auf eine neue Qualitätsstufe gehoben werden. In diesem Artikel werden Ergebnisse aus dem KIRAS-Projekt „ePartizipation – Authentifizierung bei demokratischer Online-Beteiligung“ vorgestellt. Ziel des Projektes „ePartizipation“ ist es ein E-Partizipations-Ökosystem zu ermöglichen, das technische, rechtliche und sozialwissenschaftliche Rahmenbedingungen und Faktoren mit einbezieht. Projektergebnisse sind unter anderem ein Modell zu Empfehlungen zur Authentifizierung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei Bürgerbeteiligungsverfahren, eine sichere und skalierbare Architektur und ein Prototyp, der diese Architektur flexibel und benutzerfreundlich umsetzt. Der Prototyp unterstützt die Nutzung verschiedener digitaler Identitäten in Bürgerbeteiligungen und stärkt damit bereits existierende elektronische Identitäten. Im gesamten Projektverlauf wurden die Aspekte Sicherheit, Datenschutz und Privatsphäre von Beginn an sowohl im Design als auch in der Entwicklung beachtet, um eine möglichst sichere und flexible Lösung für Organisatorinnen und Organisatoren zu erstellen.

1. EINLEITUNG

E-Partizipation ist die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungsprozessen mit den Mitteln der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) (vgl. Macintosh 2004; Phang/Kankanhalli 2008). In Österreich werden vermehrt Bürgerbeteiligungsprojekte in einer Kombination von on- und offline-Aktivitäten durchgeführt. E-Partizipation kann vielseitig in verschiedensten Bereichen eingesetzt werden. Dies kann unter anderem Informationsbereitstellung sein, aber auch der Austausch bzw. die Kooperation von Bürgerinnen und Bürgern

umfassen (Märker 2009). Mit E-Partizipation können unter anderem die Organisation von Verwaltungsabläufen bei Bürgerbeteiligungsprozessen optimiert, E-Services für Bürgerinnen und Bürger verbessert und insgesamt die wechselseitige Interaktion auf eine neue Qualitätsstufe gehoben werden.

Ziel des Projektes „ePartizipation“ war es, ein E-Partizipations-Ökosystem zu ermöglichen, das nicht nur technische Aspekte, sondern auch rechtliche und sozialwissenschaftliche Rahmenbedingungen und Faktoren beachtet. Insbesondere die Aspekte Sicherheit, Datenschutz und Pri-

vatsphäre hatten im gesamten Projektverlauf eine hohe Priorität.

Beim Design eines universell konzipierten E-Partizipation-Ökosystems, mit dem über offene und interoperable Schnittstellen alle neuen Medien adressiert werden können, sind insbesondere einige hochkarätige Sicherheitsanforderungen zu bewältigen: Authentifizierung aller Benutzerinnen und Benutzer des Systems, Autorisierung der Berechtigten und Sicherung der Echtheit (Authentizität) und Vertraulichkeit der erhobenen und verarbeiteten Daten. In diesem Zusammenhang sei nur an unterschiedliche Anforderungsprofile für verschiedene E-Partizipation-Anwendungen verwiesen, die im Gegensatzpaar von Offenlegung und Anonymisierung teilnehmender Personen und vertretenen Standpunkte (Inhalte) unterschiedliche Ausprägungen erfahren. Daher ist es wichtig, eine möglichst flexible und sichere Softwarelösung zu entwickeln, die sich an aktuellen Standards und Technologien orientiert.

2. HINTERGRUND UND MOTIVATION

Partizipative Prozesse werden meist im politischen und öffentlichen Bereich umgesetzt. E-Partizipation ist jedoch nicht auf die genannten Anwendungsbereiche zu reduzieren und kann auch in privaten Betrieben, Schulen und anderen Organisationsformen Prozesse der Teilhabe einfacher und transparenter gestalten und dadurch Entscheidungen auf eine gemeinsame Basis stellen. Die Intensität der Beteiligung wird in der E-Partizipation in verschiedene Stufen der Beteiligung kategorisiert, wie zum Beispiel Parycek (Parycek 2008) in:

1. Information zur Verfügung stellen, um Transparenz zu erhöhen und informierte Entscheidungen treffen zu können.
2. Konsultation, um verschiedene Meinungen zu berücksichtigen.

Quelle: Parycek 2008

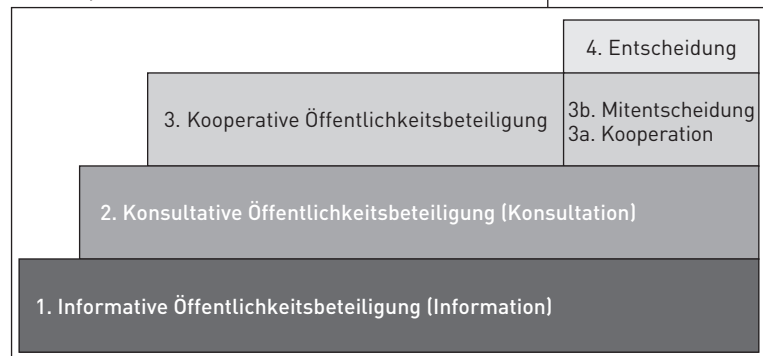


Abb. 1: Ebenen der Bürgerbeteiligung

3. Kooperation zur gemeinsamen Erarbeitung von Ergebnissen.
4. Mitentscheiden in einer nicht bindenden Entscheidungsfindung.

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) können die Stufen der Beteiligung vielfältig unterstützen. Zudem nutzen IKT digitale Identitäten häufig, um Sicherstellung, Rückverfolgbarkeit und Verbindlichkeit (bzw. Nachvollziehbarkeit) zu ermöglichen und Missbrauch zu vermindern. Digitale Identitäten (auch elektronische Identitäten, kurz eID genannt) werden häufig als eine Sammlung von Daten, die eindeutig eine Person, eine Organisation oder eine Sache (in weiterer Folge als Subjekt genannt) beschreiben, definiert und können Informationen über Beziehungen zu anderen Personen, Organisationen oder Entitäten enthalten (vgl. Windley 2005). Informationen über ein Subjekt werden Attribute genannt (z.B. Charakteristika wie Nationalität, Geburtsdatum oder Größe). Attribute können temporär (z.B. Adresse, Arbeitgeber), langfristig (z.B. Passnummer, Sozialversicherungsnummer) oder dauerhaft (z.B. Fingerabdrücke, Augenfarbe) sein. Digitale Identitäten wurden als Basis entwickelt, um drei schwierige Probleme im Identitätsökosystem zu lösen: (1) Identifikation ist der Prozess eine Identität zu beanspruchen. Zum Beispiel könnte das bei

einem Login auf eine Webseite die Eingabe eines Usernamens (z.B. „user2016“) sein. (2) Authentifizierung ist der Prozess eine Identität zu bestätigen. In dem Beispiel würde derjenige, der „user2016“ ist, ein korrektes Passwort eingeben. Basierend auf der bestätigten Identität kann der Nutzer den Zugriff auf eine Ressource (z.B. die Webseite) erhalten. Dies wird im Rahmen der Zugriffskontrolle (3) spezifiziert.

Es ist daher möglich digitale Identitäten in Bürgerbeteiligungen abhängig von den Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen der Beteiligungsstufen zu nutzen. Dies wurde unter anderem im Rahmen des Projektes analysiert.

3. DAS PROJEKT „ePARTIZIPATION“

Das Projekt „ePartizipation“ wurde im Sicherheitsforschungsförderprogramm KIRAS vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie finanziert und wurde unter Projektleitung des AIT Austrian Institute of Technology und der Mitwirkung des Bundesministeriums für Inneres, der Donau-Universität Krems, der Österreichischen Staatsdruckerei, der rubicon GmbH und der Arbeitsgruppe Rechtsinformatik der Universität Wien umgesetzt.

Das Projekt „ePartizipation – Authentifizierung bei demokratischer Online-Beteili-

gung“ ermöglicht eine direkt anwendbare, skalierbare und sichere Gesamtarchitektur eines E-Partizipations-Ökosystems, das für verschiedene Stakeholder zur Verfügung steht und sich einfach auf unterschiedliche Anforderungen anpassen lässt. Dabei unterstützt die Architektur grundlegende Aspekte der Sicherheit und Privatsphäre sowie des Datenschutzes und kann mit bereits bestehenden elektronischen Identitäten genutzt werden.

3.1 Projektziele

Folgende Ziele wurden im Rahmen des Projektes definiert:

- ▶ Stärkung der Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen.
- ▶ Stärkung der Attraktivität vorhandener elektronischer Identitäten.
- ▶ Erstellung einer direkt anwendbaren, skalierbaren und sicheren Gesamtarchitektur für E-Partizipations-Ökosysteme unter Einhaltung von Sicherheits- und Datenschutzstandards.
- ▶ Ermitteln von möglichen Identifizierungs- und Authentifizierungs- sowie Anonymisierungsverfahren für Bürgerbeteiligung.
- ▶ Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen und etwaiger rechtlicher Adaptierungen.

Ausgehend von den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger wird im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten eine Architektur für ein E-Partizipation-Ökosystem geschaffen, wie in Abbildung 2 skizziert. Die Organisatorinnen und Organisatoren können auf der E-Partizipationsplattform flexibel Beteiligungsverfahren einrichten. Ein Beteiligungsverfahren kann aus einer oder mehreren Phasen bestehen. Eine Phase unterstützt eine Stufe der Beteiligung (z.B. Konsultation oder Kooperation). Im Zuge dessen können für jede Phase spezifische Eigenschaften, wie Sicherheitsanforde-

Quelle: Leitner/Sachs

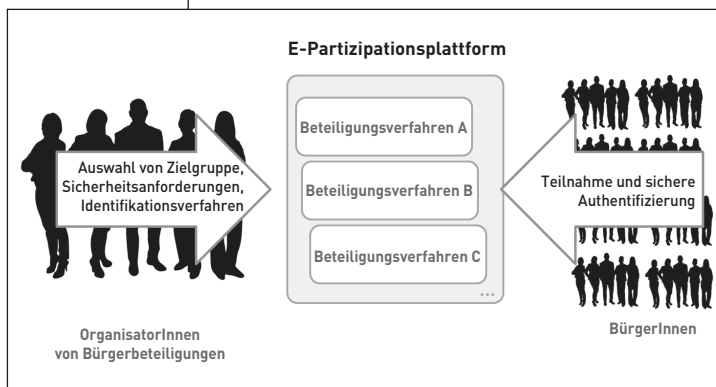


Abb. 2: Überblick eines E-Partizipations-Ökosystems

rungen, Zielgruppe oder Zeitrahmen, individuell festgelegt werden. Idealerweise soll eine möglichst niederschwellige Authentifizierung an der Plattform ermöglicht werden. Dies ist ein Beitrag zur Verbesserung der User-Akzeptanz, da dadurch mehrere Möglichkeiten zur Identifikation angeboten werden. Es erfolgt auch eine Stärkung existierender elektronischer Identitäten, da diese automatisiert, basierend auf den Einstellungen des Beteiligungsverfahrens zur Authentifizierung, angezeigt werden. Für den Fall der gesicherten Willensbekundung oder den Fall der Abstimmung werden zur Sicherung Authentifizierungsvarianten erarbeitet, die sowohl anonym als auch mit Klarnamen vorgenommen werden können.

3.2 Herausforderungen

3.2.1 Flexible Gestaltung von Beteiligungsverfahren

Bei dem Design und der Entwicklung von Plattformen für Bürgerbeteiligung kommen sehr häufig Standalone-Lösungen zum Tragen, die häufig nach Einsatz nicht mehr weitergenutzt werden können. Diese sind oft sehr hoch individualisiert, sodass Sie kaum für andere Verfahren eingesetzt werden können, außer sie haben sehr viele übereinstimmende Merkmale. Bürgerbeteiligungsverfahren sind jedoch häufig sehr unterschiedlich und an die Zielgruppe und den Zweck angepasst, sodass oft nur Neuentwicklungen helfen. Ausgehend von den oben angeführten Partizipationsebenen, sollte eine flexible Beteiligungsplattform nicht nur eine Ebene unterstützen, sondern möglichst vielfältig nutzbar sein. Beteiligungsverfahren sollten nicht nur mit starren Phasen vorgegeben werden, sondern flexibel konfigurierbar, d.h. verschiedene Phasen aneinander reihbar sein. Dies inkludiert auch die Auswahl der Beteiligungsstufe je Phase: Information, Konsultation, Kooperation oder Mitentscheidung.

3.2.2 Nutzung von digitalen Identitäten

Digitale Identitäten werden bereits in verschiedenen Bereichen eingesetzt, wie zum Beispiel im E-Government, E-Commerce oder E-Banking. Digitale Identitäten haben unterschiedliche Qualitäts- und Sicherheitsmerkmale. Manche eIDs können sehr schnell erstellt werden und haben keine Sicherheit, ob die Person wirklich existiert (z.B. in sozialen Netzwerken) oder andere eIDs werden z.B. von staatlichen Organisationen vergeben und haben daher eine hohe Personenbindung. Digitale Identitäten könnten auch im Rahmen von Bürgerbeteiligung verstärkt genutzt werden. Derzeit gibt es in Österreich keinerlei gesetzliche Regelungen für die Identifizierung von Bürgerinnen und Bürgern im Zusammenhang mit elektronischer und Bürgerbeteiligung (Sachs/Schoßböck 2015). Bürgerbeteiligungen verwenden häufig lokale Benutzerregister und bieten selten die Möglichkeit, bereits existierende eIDs (z.B. von sozialen Medien) einzubinden (Serov et al. 2016). Jedoch können Authentifizierungsmöglichkeiten für Teilnehmerinnen und Teilnehmer vielfältig sein und müssen nicht nur auf Benutzername und Passwort beschränkt sein. Es könnten zum Beispiel andere Methoden und Mittel wie TAN-Verfahren, digitale Signaturen oder biometrische Merkmale genutzt werden (Leitner/Bonitz 2016).

3.2.3 Sicherheit und Privatsphäre

Der Aufbau von Vertrauen zur Nutzung einer Bürgerbeteiligungsplattform kann auch indirekt zur Festigung der Beziehung zwischen der Organisation und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern beitragen. Daher ist es umso wichtiger, dass Aspekte der Sicherheit und Privatsphäre von Beginn an mitbedacht werden sollten, um möglichen Auswirkungen vorzubeugen (z.B. mediale Kampagnen, Verlust von Reputation, Verlust von Vertrauen, rechtliche

Auswirkungen). Aus technischer Perspektive könnten z.B. Security-by-Design- und Privacy-by-Design-Entwicklungsansätze herangezogen werden, um die Aspekte von Beginn an auf Systemebene einzubinden. Im Rahmen der Konzeption und des Architekturaufbaus könnten so Vertraulichkeits-, Sicherheits- und Datenschutzaspekte eingebettet werden. Es können Anforderungen, wie Transportverschlüsselung, sichere Datenverwaltung und -speicherung, Archivierung oder Gestaltung von Zugriffskontrolle, definiert werden.

Bei der Einrichtung von Beteiligungsverfahren könnten Organisatorinnen und Organisatoren auf Verfahrensebene weitere Sicherheitsanforderungen abhängig von den jeweiligen Beteiligungsverfahren definieren. Ein Beispiel ist die Nutzung und Integration von unterschiedlichen eIDs. Die Nutzung von verschiedenen elektronischen Identitäten impliziert auch immer die Annahme von variierenden Anforderungen (z.B. Datenschutz, Reproduzierbarkeit etc.). Elektronische Identitäten aus sozialen Netzwerken sind sehr leicht und schnell reproduzierbar; es gibt keine Garantie, dass dahinter eine echte Person steckt; andere eIDs ermöglichen jedoch eine hohe Personenbindung. Diese und weitere Überlegungen müssen daher im Sicherheitskonzept von Beginn an analysiert werden.

3.2.4 Nutzerfreundlichkeit und User-Akzeptanz

Die Gestaltung und das Interaktionsdesign einer Bürgerbeteiligungsplattform können die vermehrte Nutzung dieser fördern. Dazu ist es wichtig, eine möglichst geringe Niederschwelligkeit für neue Nutzer zu erzeugen. Das bedeutet zum Beispiel, dass bei der Nutzung unterschiedliche digitale Identitäten angeboten werden. Im Sinne der Inklusion müssen die Bedürfnisse technikaffiner Personen ebenso berücksichtigt

werden, wie die Bedürfnisse technikskeptischer Personen. Deshalb sind vor allem für E-Partizipation im Kontext der öffentlichen Verwaltung offline-Angebote bzw. Servicestellen einzurichten, um allen Personen der Zielgruppe Beteiligungsmöglichkeiten zu bieten. Für User-Akzeptanz der online-Plattformen für E-Partizipation ist in der politischen Teilhabe „Transparenz“ ein essentieller Begriff. Pro-aktive Kommunikation und transparente Informationen zum Umgang mit persönlichen Daten unter der Berücksichtigung des Datenschutzes werden von Nutzerinnen und Nutzern ebenso gefordert, wie eine detaillierte Beschreibung der Partizipationsprozesse und Erklärungen zum Umgang mit den Ergebnissen. Menschen, die Zeit und Kosten aufbringen, um sich in ihrem Sinne positiv in die Gestaltung der Gesellschaft einzubringen, müssen dafür auch einen Mehrwert für sich selbst erkennen können. Deshalb müssen diese relevanten Informationen bereits zu Beginn des Beteiligungsprozesses angeboten werden, um möglichst viele Hürden der Beteiligung zu reduzieren.

3.3 Projektergebnisse

Im Rahmen des Projektes wurden mehrere Projektergebnisse erarbeitet:

- ▶ Empfehlungen zur Identifikation auf verschiedenen Ebenen der Bürgerbeteiligung in einem mehrdimensionalen Modell.
- ▶ Architektur zur Erstellung eines anwenderfreundlichen und sicheren Systems.
- ▶ Erstellung eines Prototyps einer Beteiligungsplattform unter Einhaltung von Sicherheits- und Datenschutzstandards.
- ▶ Rechtliche und sozialwissenschaftliche Analyse der Rahmenbedingungen und des Prototyps.

Im Folgenden wird nun auf die Empfehlungen zur Identifikation, die Architektur und den Prototyp näher eingegangen.

3.3.1 Empfehlungen zur Identifikation auf verschiedenen Stufen der Bürgerbeteiligung in einem mehrdimensionalen Modell

Das Modell beantwortete die Fragestellung: „Wie niederschwellig bzw. hochschwellig darf eine eID sein, um für eine bestimmte Partizipationsform keine Hemmschwelle zu bilden und sinnhaft genutzt werden zu können?“ Registrierung auf Webseiten wird von Teilnehmerinnen und Teilnehmern oft als Hürde wahrgenommen, weshalb sich die Verwendung vorhandener eIDs anbietet. Um die Reliabilität und Validität der Ergebnisse der E-Partizipation sicherzustellen, ist eine möglichst sichere eID zu bevorzugen. Dieses Spannungsverhältnis stellt das Modell dar, wobei höherwertige eIDs immer genutzt werden können, jedoch zur Attraktivierung auch niederschwellige eIDs zum Zug kommen sollen. Tabelle 1 zeigt einen Ausschnitt des Modells basierend auf Parycek 2015.

3.3.2 Architektur einer sicheren Beteiligungsplattform

Sicheres Design von Informationssystemen (wie der Bürgerbeteiligungsplattform) kann essentiell dazu beitragen das Vertrauen zwischen dem Betreiber und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu festigen. Im Projekt „ePartizipation“ wurde ein Prototyp für eine sichere Beteiligungsplattform entwickelt, bei dem von Beginn an Sicherheits- und Datenschutzaspekte im Design und der Softwareentwicklung von hoher Priorität waren. Ausgehend von den vorher angeführten Herausforderungen wurden im Rahmen des Designs folgende Anforderungen ermittelt:

- Unterstützung von verschiedenen Beteiligungsebenen (z.B. Information, Konsultation, Kooperation, Mitentscheidung). Organisatoren sollten mehrere Phasen in einem Beteiligungsverfahren spezifizieren können. Eine Phase

Quelle: Parycek 2015

	Information	Konsultation			Kooperation	Mitentscheidung
	Information lesen	Einweg-Kommunikation	Mehrweg-Kommunikation	Bewerten	Zusammenarbeiten	Abstimmen über Resultate
Eindeutige Identifikationsmethode	H	H	H	H	~	✓
App.spez. Usermanagement	H	H	~	✓	✓	✓
Social IDs	H	H	✓	✓	~	N
Keine Identifikation	✓	✓	N	N	N	N

✓ ... eID wird empfohlen, ~ ... eID könnte im Kontext genutzt werden,
 H ... eID denkbar, aber eventuell zu hochwertig, N ... eID zu niederschwellig

Tab. 1: Ausschnitt des Modells

unterstützt eine Beteiligungsstufe (vgl. Kapitel 2).

- Unterstützung von verschiedenen elektronischen Identitäten (eIDs): Eine Beteiligungsplattform sollte verschiedene elektronische Identitäten unterstützen. Die Auswahl der elektronischen Identität ist abhängig von der Beteiligungsebene unter der Prämisse, eine hohe Niederschwelligkeit für die Beteiligung zu ermöglichen.
- Security und Privacy-by-Design: Sicherheit und Privatsphäre müssen von Beginn an im Design bedacht werden. Dabei wird besonders auf die Identifikation und Authentifizierung geachtet.
- Interoperabilität zu existierenden Identitätslösungen: Es ist wichtig, Interoperabilität zu existierenden eID Lösungen zu ermöglichen, um Bürgerinnen und Bürgern eine Wiederverwendung zu ermöglichen.

Zwei Perspektiven sollten im Demonstrator umgesetzt werden:

- Die Teilnehmeransicht ermöglicht Features für die aktive Nutzung von Beteiligungsverfahren. Abhängig von den Beteiligungsverfahren müssen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einer eID authentifizieren oder nicht.
- Die Administrationsansicht unterstützt Organisatoren bei der Spezifikation der Beteiligungsverfahren. Jedes Verfahren kann aus einer oder mehreren Phasen

einer Beteiligungsebene (z.B. Konsultation, Kooperation) bestehen. Für jede Phase können Organisatoren Attribute festlegen (z.B. Start und Ende, Beschreibung, Sicherheitsanforderungen).

3.3.3 Implementierung

Im Zuge der Realisierung der E-Partizipationsplattform wurde der Security und Privacy-by-Design-Ansatz direkt bei der Softwareentwicklung eingebunden. Dazu wurde ein Vorgehensmodell der agilen Softwareentwicklung so angepasst, dass Sicherheits- und Datenschutzaspekte regelmäßig in der Planung und Entwicklung analysiert und überdacht wurden (Terbut et al. 2016). Im Projekt wurde Scrum (Schwaber 2004) genutzt und um Prüfungen für Sicherheitsaspekte ergänzt.

Die E-Partizipationskomponente ermöglicht alle Funktionalitäten zur Bürgerbeteiligung. Mit dieser können Organisatoren Beteiligungsverfahren einrichten und deren Aufbau und Eigenschaften spezifizieren (z.B. Sicherheitsanforderungen je Phase). Es werden vier Beteiligungsstufen (Information, Konsultation, Kooperation

und Mitentscheidung) unterstützt. Im Fall von Information wird keine Authentifizierung benötigt. Jedoch kann in allen anderen Beteiligungsstufen eine Authentifizierung verpflichtend sein. Teilnehmerinnen und Teilnehmer können mit der E-Partizipationsplattform an Beteiligungsverfahren teilnehmen. Die Startseite eines fiktiven Bürgerbeteiligungsverfahrens ist in Abbildung 3 dargestellt.

Die zweite Komponente, der Authentication Hub, zeigt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mögliche Authentifizierungsmittel für eine Phase in einem Beteiligungsverfahren an (siehe Abbildung 4, Seite 49). Wenn eine Teilnehmerin oder ein Teilnehmer eine elektronische Identität zur Identifikation und Authentifizierung in einem Beteiligungsverfahren ausgewählt hat, überprüft der Hub die Identität der Teilnehmerin bzw. des Teilnehmers und gibt eine anonymisierte ID spezifisch für ein Beteiligungsverfahren zurück.

3.4 Evaluierung

In der abschließenden Evaluation des Projekts durch Benutzerinnen und Benutzer erhielt die Plattform gutes Feedback bezüglich der Benutzerfreundlichkeit und Navigation. Benutzerinnen und Benutzer sowie potenzielle Betreiber der Plattform betonten die Vorzüge der orts- und zeitunabhängigen politischen Beteiligung sowie die Transparenz der Prozesse. Politische Teilhabe mit einer Plattform wie der entwickelten, ist gewünscht und soll auch angeboten werden, jedoch werden auch die Hürden und der Aufwand der Beteiligung erkannt: der zeitliche Aufwand, die Komplexität des Informationsmanagements und die rechtliche Ausgestaltung. Von Seiten der Benutzerinnen und Benutzer gibt es allgemeine Vorbehalte gegenüber der Manipulierbarkeit der Ergebnisse auf elektronischen Plattformen, jedoch könnten

Quelle: Screenshot Leitner/Sachs

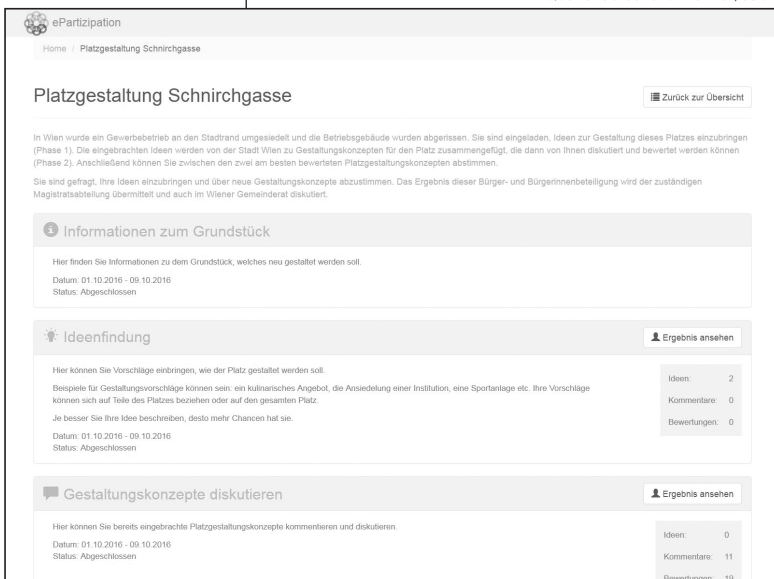


Abb. 3: Beispiel eines fiktiven Bürgerbeteiligungsverfahrens

Kooperationen aus Verwaltung mit NGOs als Kontrollorgane hier Vertrauen schaffen. Die Verwendung von bereits vorhandenen elektronischen Identitäten wird bevorzugt, sofern anonymisierte bzw. nicht rücküberprüfbare Beteiligung gewährleistet ist. Im Kontext des Datenschutzes genießt die öffentliche Hand mehr Vertrauen als private Anbieter, wobei eine aktive Kommunikation bezüglich der Datennutzung und Anonymisierung von hoher Relevanz ist.

4. CONCLUSIO

E-Partizipation kann viele Chancen bieten Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungsprozessen einzubinden. Derzeitige Entwicklungen sollten jedoch auch verstärkt auf Inklusion und die Einbindung verschiedenster Personengruppen setzen (Schoßböck et al. 2016). Im Projekt „ePartizipation“ wurde insbesondere darauf geachtet, die Niederschwelligkeit besonders gering anzusetzen, um die Erstinutzung so einfach wie möglich zu gestalten. Es wurde eine E-Partizipationsplattform entwickelt, die von Beginn an Sicherheits-

Quelle: Screenshot Leitner/Sachs

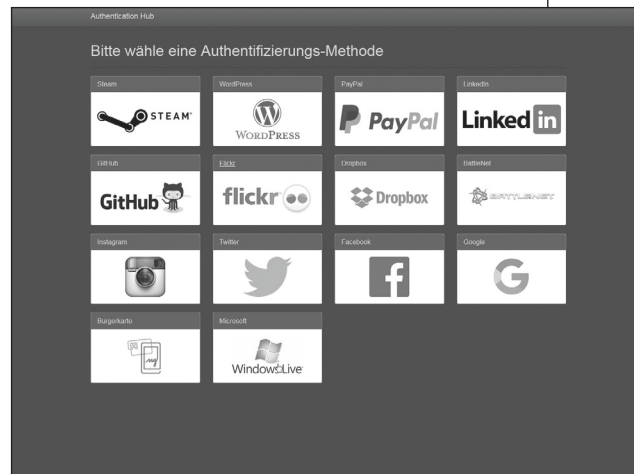


Abb. 4: Angebotene Authentifizierungsmöglichkeiten

und Datenschutzaspekte beachtet hat. Die Einbindung von diesen Aspekten kann das Vertrauen zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern und dem Organisator fördern und langfristig stärken. Die E-Partizipationsplattform ermöglicht die Definition von Bürgerbeteiligungsverfahren, die individuell und flexibel gestaltbar sind. Das ermöglicht eine Vielfalt von Handlungsspielräumen für Organisatoren und unterstützt viele Bürgerbeteiligungsszenarien.

Quellenangaben

Leitner, Maria/Bonitz, Arndt (2016). *Authentication techniques in the context of e-participation: current practice, challenges, and recommendations*, 11th International Conference on Availability, Reliability and Security (ARES), 480–485.
 Macintosh, Ann (2004). *Characterizing e-participation in policy-making*, *Proceedings of the 37th Annual Hawaii International Conference on System Sciences*, 10, DOI: 10.1109/HICSS.2004.1265300.
 Märker, Oliver (2009). *E-Partizipation in Deutschland – Stärken – Schwächen – Hand-*

lungsempfehlungen, in: Blachfellner, Stefan et al. (Hg.) *eJournal of eDemocracy and Open Government (JeDEM)*, 1 (1), 45–54.

Parycek, Peter (2008). *Positionspapier zu E-Democracy und E-Partizipation in Österreich*, Wien, Online: https://www.ref.gv.at/fileadmin/_migrated/content_uploads/EDEM-1-0-0-20080525.pdf.

Parycek, Peter et al. (2015) *Identification in E-Participation: Between Quality of Identification Data and Participation Threshold*, in: Tambouris, Efthimios et al. (Hg.) *Electronic Participation*, 108–119.

- Phang, Chee Wei/Kankanhalli, Atreyi (2008). *A Framework of ICT Exploitation for e-Participation Initiatives*, *Communication of the ACM*. 51 (12), 128–132.
- Sachs, Michael/Schoßböck, Judith (2015). *Authentifizierungs- und Identifizierungsverfahren für Online-Bürgerbeteiligungsformen: Kiras-Projekt E-Partizipation*, in: Schweighofer, Erich et al. *Tagungsband des 18. Internationalen Rechtsinformatik Symposions*, Wien, 357.
- Schoßböck, Judith et al. (2016). *Inclusion and Privacy in E-Participation Platform Design*, *Electronic Government and Electronic Participation*, 51–58.
- Schwaber, Ken (2004). *Agile project management with Scrum*, Redmond.
- Serov, Igor et al. (2016). *Current Practice and Challenges of Data Use and Web Analytics in Online Participations*, *Electronic Government and Electronic Participation*, 80–87.
- Terbu, Oliver et al. (2016). *Privacy and security by Design im agilen Softwareprozess*, in: Schweighofer, Erich et al. (Hg.) *Netzwerke: Tagungsband des 19. Internationalen Rechtsinformatik Symposions*, Salzburg, 457–464.
- Windley, Phillip J. (2005). *Digital Identity*, USA.
- Projekt ePartizipation (2016). Online: <http://www.epartizipation.info>.
- Autorinnenfoto Leitner: Johannes Zinner.